

Gibt im Laufe des heutigen Tages noch alle wieder entlassen werden.

Trotz hundertfacher Verhörungen konnte auch nicht gegen einen einzigen der verhafteten Genossen belastendes Material zusammengetragen werden. Trotz der ersten Folterberichte von kommunistischer Bestimmung von Waffen bei den Verhafteten ist nicht eine einzige Waffe bei den Genossen gefunden worden, ebensowenig wie andere Aufzeichnungen und Pläne — wie die bürgerliche Presse zunächst sensationell meldete — gefunden worden sind.

Die ganze Volksgemeinschaft zeigt sich somit als ein Stück des weißen Terrors, das sich würdig an die Seite der übrigen Taten des Sozialfaschismus anreicht. Mit keiner Aktion kopierte Lorgibel nicht nur Mussolini, der den faschistischen „March auf Rom“ mit ähnlichen Methoden vorbereitete, er gab damit gleichzeitig seinen Kollegen im Reich neue Tips für die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung.

Die Verdrängung der nackten Diktatur des Faschismus kommt besonders in den Hamburger Vorgängen zum Ausdruck. Nicht nur, daß der Sozialfaschist Schönluber den Hungerstreik der norddeutschen Erwerbslosen in Hamburg verbot, nicht nur, daß die Erwerbslosen, die sich ihr Recht auf die Straße nicht rauben lassen wollten, von Schönlubers Polizeifoltern wie tolle Hunde niedergeschossen wurden; darüber hinaus haben die Sozialfaschisten jetzt auch die letzten „demokratischen“ Masken lassen sollen. Der Artikel 48 regiert in Hamburg; jener Artikel, auf Grund dessen im Jahre 1930 die faschistischen und thuringischen Arbeiter von dem Obersten Gerichtshof Reichswehrformationen blutig niedergeschlagen wurden. Jener Artikel, mit dessen Anwendung die Kommissare zum Ausdruck bringen, daß sie ihr von thuringischen vertriebenen Verhältnissen nicht anders als mit dem offenen, brutalen, unerschütterlichen Gewaltregiment des Militärstaats und der faschistischen Bürgerkriegsorganisationen gegen den revolutionären Kampf der Arbeiterschaft verteidigen kann.

Denn Köchel, die „Dresdener Volkszeitung“ und die gesamte SPD-Presse haben diese Entwicklung vorbereitet. Köchel's Bluthetze dient seinem anderen Zweck als dem wertvollen Waffensatz der Notwendigkeit der „demokratischen Gesellschaft“ des Artikels 48 schmeichelt zu machen. Nicht umsonst lag er: „Die (die kommunistische Partei) wartet auf den Artikel 48 der Reichsverfassung.“ Die sozialfaschistischen Ministerlinge haben den Wind verstanden; Hamburg ist die erste Ruhestätte des „linken“ Vorstoßes zur Rettung der Demokratie.

Friedrichshagen und Hamburg müssen auf die deutsche Arbeiterschaft alarmierend wirken. Beide sind der Ausdruck einer weitesten Verschärfung des weißen Terrors gegen die Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft muß darauf antworten, indem sie jetzt erst recht unter Führung der kommunistischen Partei zur revolutionären Offensive übergeht. In jedem Betrieb gilt es Stellung zu nehmen in den Terrormaßnahmen des Sozialfaschismus und sie zu beenden mit dem Waffeneinsatz in der kommunistischen Partei.

In jedem Betrieb gilt es, unter Führung der KPD und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum revolutionären Kampf um Sicherung des Lohns und um Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen, revolutionäre Vertrauensleute und revolutionäre Betriebsräte zu wählen. In jedem Betrieb gilt es, den revolutionären Kampf zur Verteidigung der kommunistischen Partei, zur Zerschlagung aller Falschorganisationen und Verbände zu organisieren.

Die Bourgeoisie und ihre Generäle, Juristen, Schlichter und Föderal wollen durch die Unterdrückung der kommunistischen Partei und ihrer Presse die Arbeiterschaft ihrer revolutionären Führer berauben, um ihren verhassten Hungerstreik gegen die wertvollen Massen durchzuführen zu können. Dieser Schenkplan darf nicht gelingen. Jetzt erst recht!

Unter Führung der KPD heraus zum revolutionären Angriff!

Rambisongreß des Berliner Proletariats

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag und Montag fand im Riesenaal des Wintergartens von Schöneberg, Galesstraße, der Berliner Rambisongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt.

Auf dem Kongreß waren 428 Delegierte davon 60 Frauen und 21 Jugendliche und 175 Erwerbslose politisch organisiert waren in der KPD 258, in der SPD 3, in der KPD 5, parteilos waren 259 Delegierte. Gewerkschaftlich organisiert waren 428, nicht organisiert bzw. unangehört 190 Delegierte. Aus der Provinz waren 82 Delegierte vertreten für die KPD wurden 41 Neuzulassungen gemacht.

In den Reden der Genossen Paul Weller und Braun wurden die Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition in der gegenwärtigen Periode klar aufgestellt. Die Sonntagabend-Verhandlungen fanden im Zeichen der ungebrochenen Erregung, die alle Schichten der Berliner Arbeiterschaft wegen der Terrormaßnahmen der Regierung erfüllt hatte. Der Kampf um die Straße, den die Berliner Arbeiter am Sonntagabend in den proletarischen Vierteln führten, gab den Verhandlungen des Kongresses das Gepräge.

Am Sonntag fanden anschließend an den Kongreß Konferenzen der Delegierten der verschiedenen Industriegruppen statt in denen konkrete Maßnahmen besprochen und beschlossen wurden.

Verhandlungen über den neuen Steuerraub

Das Zentrum hat bekanntlich die Forderung gestellt, daß vor Annahme der Youngsche die Regierungsparteien eine Einigung über die Gestaltung des Etats herbeiführen müßten. Heute haben sich die Verhandlungen der Regierungsparteien über das Finanzprogramm statt.

Das Zentrum schlägt vor, daß sich alle Regierungsparteien auf die neuen Massenbelastungen festlegen und außerdem werden die Führer der Koalitionsparteien über den geplanten neuen Wahn der Arbeitslosenunterstützung sprechen. Die SPD-Mitglieder sind diejenigen, die schon seit langem hinter den Kulissen auf die Beseitigung der neuen Raubpläne drängen.

Genosse Ernst Meyer verstorben

Berlin, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag verstarb Genosse Ernst Meyer an den Folgen einer Operation, die er sich wegen einer langjährigen Tuberkulose hatte unterziehen müssen. Genosse Meyer ist Mitbegründer des Sportklubverbandes. Am Mittwoch wird seine Beerdigung im Karl-Liebknecht-Haus aufgeführt, wo Berliner Arbeiter die Leichenwache halten werden.

Severines Achterschenjungen

Brandleristische Verleumdungen zur Erleichterung des Verbotes der KPD

Dresden, den 3. Februar 1930.

Die „Dresdener Volkszeitung“ veröffentlicht in der Ausgabe vom 1. Februar den Auszug aus einem infamen Verleumdungsartikel der Brandleristen gegen die KPD. In dem Artikel, den die „VZ“ aus „Gegen den Strom“ entnommen hat, liegen die Brandleristen, daß die Führung der KPD „ein beispielloses Verleumdungsstück“ verfaßt. Die frechen Lügen und gemeinen Verleumdungen werden von den Brandleristen heuchlerisch mit dem Schwundel verbrämt, daß sie das Verbot der Partei „verhindern“ wollten. Über die „Volkszeitung“ bemerkt in der Charakterisierung dieses Hochverrats:

Diese Stimme aus kommunistischem Lager ist deutlich genug, auch sie belegt, daß die KPD-Presse verwerfliche Methoden im Innern, Mutige Abenteuer wagen möchte, um den Moskauer Taktikern weiter mit Revolutionsberichten dienen zu können.

Das ist also die Lösung: „Moskau braucht KPD“, die von den völlig verurteilten Brandleristen wieder neu aufgelegt werden wird. Das Wortspiel für die SPD ist eben, daß sie zur Verwirrung der Arbeiter die „Stimmen aus kommunistischem Lager“ veröffentlicht. Ist doch die SPD selbst bereits in solchem Maße diskreditiert, daß sie gleich noch solchen „kommunistischen“ ausposaunen dürfen darf. Es ist klar, daß die SPD gerade solche Artikel benötigt, um den Arbeitern zu sagen, daß das Verbot der KPD dann erfolgen müsse, wenn schon Brandler sagt:

„Aber wenn die „Führung“ wirklich die „unheimliche Partei“ endlich aufgeben, jeden Gedanken an Putschismus kassieren will — was bedeutet fragen wir sie ihr tägliches Gebot vom „nächsten deutschen roten Oktober“? Was bedeutet die seltsame Information an die russische Presse, die glauben auf ihre Korrespondenten im deutschen Reich gestützt, täglich den russischen Arbeitern eine bereits eingetretene neue revolutionäre Epoche in Deutschland leizert?“

Der „Borussia“ zeigt aber das Zusammenklappen dieses Reagenzglas mit der SPD und Generring, wenn er schreibt:

„Die KPD-Opposition ist von ihrem Standpunkt aus das Richtige, wenn sie warnt. Welche Pflichten aber in der hier geschilderten Situation die Behörden zu erfüllen haben, ergibt sich ganz von selbst.“

Die Brandleristen verheeren in der Tat ihre infamen Verleumdungen, um die Terrormaßnahmen der Grafen und Generäle zu rechtfertigen, die Sozialfaschisten zu unterdrücken und das Verbot der KPD zu rechtfertigen.

Man bedenke: Über 24 Millionen Arbeitslose hungern! Die Sozialfaschisten verneinen durch Löhnerhöhungen, Massen-Preissen und Tarifserhöhungen die proletarische Lebenshaltung immer mehr, sie haben den Abbau der Arbeitslosenunterstützung herbeigeführt und jedem Winterbeihilfe verweigert. Um den Broch der Arbeitslosen zu vermeiden, haben die Grafen, Schönluber und Kowalewski das Demonstrationenverbot erlassen, den Belagerungszustand verhängt, lassen die demonstrierenden Arbeiter niederknüppeln und zusammenhaken. Und weiß trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen die Arbeiterschaft doch den Massenkampf fortzusetzen, deshalb hat die Presse der Arbeiterklasse ihre wahrheitsvolle Dase gegen die KPD entfacht, um der kämpfenden Arbeiterschaft die Führung zu rauben. Wenn bei dieser Seite die Brandleristen logar die Sozialfaschisten übertrumpfen, so fallen sie damit den Arbeitern, der gesamten kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken.

Kann es in freies Genügen sein, wenn die KPD-Opposition geplatzt sind. Die Hälfte ihrer Führerschaft ist bereits in der SPD gelandet. Die Kehrseite, Sarrazin, Pflü, Peiniger, Reim, Breslau usw. sind Mitglieder der „Jugendbewegung“. Weiter andere haben sich durch SPD-Protektion Pöbeln verschaffen lassen, in denen die Sozialfaschisten nur „republikanische“ Leute haben. Was Wunder, wenn diese Gesellschaft die infamsten Verleumdungen zum Gebrauch für die SPD-Presse verbreitet. Wir überlassen in der Berichterstattung der Massenbewussten Arbeiterschaft.

Erwerbslose und Betriebsarbeiter in einer Front

Erwerbslose demonstrieren vor den Betrieben Greiling und Anton Reiss.

Dresden, 3. Februar.

Am Freitag abend jagten die hundert Erwerbslosen von der Stempelstelle aus in einem Demonstrationzug unter Fortsetzung eines Transparents, das zum gemeinsamen Kampf der Arbeitenden und der Erwerbslosen um den Existenzkampf und um die 48-Stunden-Woche aufrief, vor den Greilingbetriebe. Die Polizei verbot die Demonstration zu sprengen, was ihr jedoch nicht gelang. Die Greilingarbeiter solidarisierten sich mit den Erwerbslosen, so daß die Polizei nichts ausrichten konnte.

Eine neue Ortsgruppe der KPD in Lohmen gegründet

In der Gründungsversammlung am 31. Januar konnte sich die Ortsgruppe sofort mit 12 Mitgliedern konstituieren. Lohmen gilt als eine Hochburg der SPD. Der Vorwärts der Partei Lenino, Liebknecht und Luxemburg ist sitzende aufzuhalten. Verleiht die Arbeit!

ten sich mit den Erwerbslosen, so daß die Polizei nichts ausrichten konnte.

Von dem Greilingbetriebe aus ging der Demonstrationzug vor den Metallbetrieb Hahn Reiss. Vor dem Fabrikator wurde das Transparent in den Schutz gestellt, so daß jedem Arbeiter und jeder Arbeiterin die Forderungen der Erwerbslosen beim Verlassen des Betriebes sichtbar wurden.

Auch hier verbot die Polizei wieder einzutreten, doch wie bei Greiling nahmen auch die Anton-Reiss-Proleten für ihre arbeitslosen Klassenkassen Stellung und zwangen die Polizei zum Abzug. Vor beiden Betrieben wurde eine große Zahl Erwerbslosenpetitionen und Proklamationen abgelegt.

Heraus aus dem Reichsbanner!

Die Arbeiterrebellion im Lager des Reichsbanners verläuft sich von Tag zu Tag. Die einladenden Mitglieder zerstreuen ihre Fächer und erklären ihren Übertritt zur KPD. Die Rat der kleinen und großen Reichsbannergenerale findet keine Grenzen. In Mannheim hat eine vollkommene Zerlegung im Reichsbanner stattgefunden. Ein Arbeiter, der kein Mitgliedsbuch besitzt, erhielt folgendes Schreiben vom Vorstand:

„Wir erlauben nochmals um Rückgabe des Mitgliedsbuches unserer Organisation bis zum 30. d. M., andernfalls mit der Einschickung gerichtlich (!) durchzuführen lassen.“

Die sozialfaschistischen Führer antworten gegen die Anfragen der Arbeiter, deren Lohne sich immer mehr verkleinert, durch die Hungerpolitik, die ihre eigenen Genossen in der Reichsregierung durchführt, mit Kommunisten, blauen Pöbeln und der Klassenjustiz.

Ein anderes Mitglied in Mannheim hat an den Vorstand des Reichsbanners sein Austrittsschreiben gerichtet, das es zugleich in der kommunistischen Presse veröffentlichte.

Die Bonzen werden ausgepiffen

In Frankfurt verließen die SPD-Strategen gemeinsam mit den Gewerkschaftsbonzen die Arbeitlosen durch einen großen Redeschwall zu beschwichtigen. Sie berieten eine Erwerbslosenversammlung ein, trotzdem eine solche bereits im Dezember mit Unterstützung der SPD-Mitglieder hochgefahren war. Klugartig verließ der Herr Professor Kölling in Gemeinschaft mit dem DVP-Bonzen die Versammlung. Nicht weniger klug verließ die neuerwerbende Versammlung. Diesmal hatte eine Kommunistin die Reden übernommen. Nach einander standen die erwerbslosen Arbeiter und Jungarbeiter auf, darunter auch SPD-Mitglieder, und schiederten den SPD-Führern die Anfragen entgegen, denn die SPD ist diejenige, die überall die Erwerbslosenanstöße niederstimmte. „Wir werden von unseren eigenen Parteimitgliedern verhöhnt, verraten und verkauft“, erklärte ein SPD-Arbeiter. Als der SPD-Referent mit seinen jämlichen Reden die Arbeiter weiter regte, kamen die Erwerbslosen, darunter ein sehr großer Teil SPD-Mitglieder, gemeinsam die „Internationale“ an. Die Bonzen verließen aus begrifflicher Angst klugartig den Saal.

Die Demonstration der Dresden-Völkers Erwerbslosen nach Nachzahlung in allen Orten finden. Überdall gilt es, die noch im Betrieb stehenden in eine Kampffront mit den Erwerbslosen zu drängen und den Kampf um die Forderungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu organisieren.

Delegiertenkonferenz des 1. Verwaltungsbezirks

Dresden-Neustadt zum revolutionären Wettkampf herausgefordert

Seitern tagte im Restaurant Bröndelburger Hof in Dresden eine Delegiertenkonferenz des Verwaltungsbezirks Dresden 1, die von rund 70 Delegierten besucht war. Die Delegierten beschlossen einstimmig, den Verwaltungsbezirk Dresden-Neustadt zu einem revolutionären Wettkampf herauszufordern. Die bis zum 1. April reichenden Aufgaben wurden in einer Entschließung, die mit manchen persönlichen Mißverständnissen, die Stimmung der Delegierten war von großem Optimismus getragen und ein Zeichen wachsender Massenaktivität in der Partei.

Achtung, Kühns Spindel leidet Vordarstellung!

Herr Kühn schickt seine Spindel jetzt nicht in die Papierwarengeschäfte, um aus den Büchern herauszuheben, mer in letzter Zeit Vermehrungsapparate gekauft hat, damit sie die Herstellung von Betriebs- und Ortssetzungen durch Beschaffung von Apparaten und Papier verhindern kann. Kühn weiß natürlich, daß die heute schon in Massen erscheinenden Betriebs- und Ortssetzungen täglich verbessert werden und so ein Verbot der Inspektion unwirksam machen. So schickte er die Spindel nicht natürlich die Proleten immer und wir können helfen, daß die Betriebsfunktionäre ihre Apparate bereits an Stellen gebracht haben, wo die Fortschritte der Agitation ungehindert erfolgen kann. Wenn in Zukunft Vermehrungsmaterial gekauft wird, müssen die entsprechenden Sicherungen getroffen werden, damit keinen Spindel auch nur ein Blatt Papier in die Hände fällt.

Unterdrückung der kommunistischen Presse

Düsseldorf, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Der Genosse Stiehl, der Chefredakteur der „Düsseldorfer Freiheit“, ist am Sonntag bei einer polizeilichen Vernehmung auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft sofort verhaftet und nach dem Untersuchungsgefängnis übergeführt worden. Die Staatsanwaltschaft will gegen ihn ein Verfahren wegen Hoch- und Landverrat durchführen.

Nazis unter Seberings Schutz

Florsheim, 3. Februar. (Eig. Drahtmeldung.) Anlaßlich einer Rundgebung der kommunistischen Partei kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten, bei der die Polizei eine Gummiknüppelattacke gegen die Arbeiter vornahm. Ein Arbeiter mußte schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Erwerbslose im Haag marichieren auf

Haag, 3. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Haag demonstrieren am Sonntagabend tausende Arbeitlose unter Führung der kommunistischen Partei durch die Straßen. An der Geschlossenheit und Disziplin der demonstrierenden Arbeitermassen scheiterten alle Versuche, die Demonstration aufzulösen.

Mussolinis Riesenrüstung

245 Millionen Mehrausgaben für die Marine. Rom, 1. Februar. Der Kammer sind am Freitag die Haushaltspläne für das Jahr 1930/31 für das Ministerium für Volkserziehung und für das Marineministerium zugegangen. Der Haushalt des Erziehungsministeriums erhöht sich um rund 122 Millionen auf 1,5 Milliarden Lire. Der Haushaltsplan des Marineministeriums wird um rund 245 Millionen auf 1,7 Milliarden Lire erhöht. Die Friedensopposition der Imperialisten in London können nicht gründlicher unterliegen werden.